

# WITAJ-Projekt entspricht der Sprachpolitik Europas



Hören wir das Wort Europa, assoziieren wir diesen geographischen Begriff oft automatisch mit dem Begriff Europäische Union. Wir – Deutschland – sind ja auch Mitglied der Europäischen Union, wir haben das Europäische Parlament gewählt und fühlen uns als Europäer. Demnach ist es legitim so zu empfinden. Manchmal ist uns dabei gar nicht mehr bewusst, dass sich in Europa parallel zwei Staatenverbände herausgebildet haben, nämlich die Europäische Union und der Europarat. Die EU hat ihre Geburtsstunde durch die Verträge in Rom im Jahre 1957 erhalten, indem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet wurde. Im Jahre 1992, durch den Vertrag von Maastricht, wurde dann der Grundstein für die heutige Europäische Union gelegt. Im Jahre 2004 lag die gemeinsame Europäische Verfassung vor, deren Ratifizierung durch die Ablehnung von Frankreich und den Niederlanden allerdings bis auf weiteres stagniert. Die EU ist ein Staatenbund von 25 Ländern, deren Grundlage eine gemeinsame Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik bildet. Ihre Hauptstadt ist Brüssel.

Daneben gibt es den bereits 1949 gegründeten Staatenbund des Europarates, der die älteste zwischenstaatliche Organisation Europas ausmacht. Der Europarat umfasst 46 Länder, davon 21 mittel- und osteuropäische Staaten



Die Sorbin mit Konferenzteilnehmern aus England und Deutschland.

u.a. die Russische Föderation (1996), Moldawien (1995), Georgien (1999) oder Aserbeidschan (2001) sowie die Türkei (schon 1949). Der Europarat umfasst durch die beinahe doppelt so große Anzahl von Staaten ein weit größeres Areal als die Europäische Union. Der Sitz des Europarates ist im französischen Strasbourg. Der Europarat ist keine wirtschaftliche Vereinigung, sondern seit seiner Gründung stehen in erster Linie die Wahrung der Menschenrechte und der Demokratie im Mittelpunkt seines Wirkens. Nach 1989 konnte diese Zielsetzung vor allem auf Osteuropa ausgeweitet werden. In dieser Funktion – man könnte den Europarat mit einer europäischen UNO vergleichen – stellt er Sachkenntnis in Fragen demokratischer Werte und sozialer sowie menschenrechtlicher Richtlinien zur Verfügung. Einen großen Bereich nehmen dabei auch Empfehlungen zur Verbesserung der Bildung und kulturellen

Zusammenarbeit seiner Mitgliedsstaaten ein. Der Europarat hat bisher in 199 Konventionen bzw. Verträgen solche Empfehlungen ausgesprochen und durch „Monitoring-Verfahren“ (unabhängige Kommissionen) auch ihre Umsetzung überprüft. Da alle Mitglieder der EU auch Mitgliedsstaaten des Europarates sind, sind gemeinsame Strategien im Sinne des Europarates gegeben. In der Regel ist jedes Land vor seinem Eintritt in die EU Mitglied des Europarates.

Eine solche wichtige Abteilung im Bereich Bildung und Kultur stellt die „Language Policy Division“ (Abteilung für Sprachpolitik) dar. Hier werden auf Grund der Tatsache der sprachlichen und kulturellen Vielfalt Europas, deren Erhaltung ein Grundprinzip des Europarates

**Languages for social cohesion**  
Language education in a multilingual and multicultural Europe  
**Les langues pour la cohésion sociale**  
L'éducation aux langues dans une Europe multilingue et multiculturelle



ist, Vorschläge zur Beförderung von Mehrsprachigkeit und von sprachlicher als auch kultureller Toleranz der Bürger Europas erarbeitet.

Aufbauend auf den Erfahrungen der 70er Jahre mit dem sprachlichen Bildungsprogramm „Threshold-level“ – Aneignung eines sprachlichen Minimums an Kommunikationsfähigkeit in der jeweils erlernten Sprache – wurde z.B. der sogenannte „Gemeinsame europäische Referenzrahmen für Sprachen: lernen, lehren und beurteilen“ erarbeitet. Dessen Programm legt 6 Kompetenzstufen für den Beherrschungsgrad einer zu erlernenden Sprache vor, wobei wiederum die kommunikativen Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen. Diese Kompetenzanforderungen sind für alle Sprachen identisch und deshalb wird die Fertigkeit der Lernenden international vergleichbar, was eine Mobilität von Menschen in sozialer und kultureller Hinsicht besser ermöglicht. Der Referenzrahmen bildet heute in den meisten europäischen Ländern bereits die Basis modernen Sprachunterrichts. Auch zwei Minderheitensprachen, das Baskische und Katalanische, haben entsprechende Lehrwerke vorgelegt. Sprachprüfungen werden generell fast nur noch nach diesen internationalen Standards zertifiziert.

Zwei weitere für uns sehr wichtige Konventionen des Europarates sind die sicher bekannte „Charta für Regional- oder Minderheitensprachen“ aus dem Jahr 1992 als auch das „Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ von 1995. Beide geben Verpflichtungen vor, die Länder zu beachten angehalten werden, wenn sie eine demokratische pluralistische und tolerante Sprach- und Minderheitenpolitik im Sinne des Europarates vertreten wollen. Auch für die Umsetzung unserer sorbischen Interessen bilden diese Dokumente die z.Zt. wichtigste Argumentationsgrundlage für jegliche Spracherhaltungs- und Revitalisierungsmaßnahmen.

Das aktuellste Dokument der „Language Policy Division“ ist ein Leitlinienpapier aus dem Jahre 2003 – „Guide for the development of language education policies in Europe“ (Leitfaden für die Entwicklung

einer Sprachpolitik im Bildungswesen in Europa). Dieses Dokument geht von einer Analyse der europäischen Sprachpolitik aus und formuliert danach Möglichkeiten zur Verbesserung dieser im Sinne der schon erwähnten Werte wie Mehrsprachigkeit und Sprachenvielfalt, d.h. also im großen und ganzen des Spracherwerbs der Bürger Europas. In einem dritten Teil werden darauf aufbauend ganz konkrete Vorschläge für die Umsetzung der erwünschten Ziele gemacht. Diese Vorschläge richten sich an Bildungsministerien, Schuladministratoren, Schulleiter u.a. Verantwortliche. Durchgehend durch das ganze Dokument wird das Erlernen von Minderheiten- als auch Regionalsprachen als außerordentlich erwünscht und als die europäische Kulturlandschaft bereichernd

angesehen.

Wenn diese Einleitung vielleicht sehr ausführlich war, so war sie dennoch notwendig, um den zweiten Teil des Artikels einordnen zu können. Die Abteilung Sprachpolitik des Europarates hat eine implementierende Einrichtung, sozusagen eine Exekutive in Graz (Österreich), das „European Centre for modern languages“ (Europäische Zentrum für moderne Sprachen). In diesem Zentrum werden jeweils in vierjährigen Aktivitätsprogrammen besonders interessante Sprachprojekte oder linguistische Forschungsprojekte mit praktischer Zielsetzung, die in einzelnen Mitgliedsländern des Europarates durchgeführt werden, ausgewählten Vertretern jedes Staates des Europarates vorgestellt mit der Empfehlung, auch in ihren Ländern ähnliche Projekte zu initiieren. Die ausgewählten Modellprojekte, die in international zusammengesetzten Gruppen zusammengefasst werden, werden jeweils durch einen Vertreter repräsentiert, welcher im Rahmen der Treffen in Graz theoretische Hintergründe sowie Funktionsweisen des Projekts erläutert. Höhepunkt der Aktivitäten ist ein einwöchiger „Workshop“, zu welchem schon erwähnt, Vertreter der Länder des Europarates eingeladen werden.

Von 2004-2007 wird ein solches internationales Schulprojekt von Graz begleitet, das den Titel „Whole school language profiles and policies“ (Sprachprofile und Sprachpolitik als ein Anliegen der gesamten Schule) trägt. In diesem Projekt geht es um Modelle der Sprachvermittlung von Sprachen verschiedenen Status' und innovative Ansätze von Sprachvermittlung in der Schule. Im Blickpunkt steht dabei die ganze Schule und ihre Voraussetzungen und Möglichkeiten zu einer effektiven Sprachvermittlung. Die Modellversuche illustrieren vor allem die Komplexität der Sprachvermittlung, die weder im Klassenzimmer beginnt noch endet.

In dem genannten Projekt sind 5 Länder beteiligt: Österreich, Malta, Frankreich, Schweden und Deutschland – Vertreten durch Dr. M. Norberg mit dem WITAJ-Sprachprogramm zur Vermittlung der sorbischen Sprachen.

Alle Einzelprojekte des Gesamtprojekts bauen aufeinander auf. Im schwedischen Modell geht es um die Bewahrung der Kleinstsprache Meänkieli im Kontext der Majoritätssprache Schwedisch. Das WITAJ-Projekt demonstriert einen schon relativ etablierten Versuch der Erhaltung und Revitalisierung der sorbischen Minderheitensprachen durch Kindertagesstätten und Schulen mit Hilfe der Immersionsmethode als auch durch bilinguale Unterrichtsformen. Im französischen Modell wird die Rolle der Schule bei der Bewusstmachung bzw. Integration von Immigrantensprachen in den Schulltag dargestellt und verweist dabei besonders auf die Zusammenarbeit mit den Eltern. Das maltesische Projekt beschreibt die Rolle und notwendige Entwicklung des Lehrers bei der Vermittlung des Curriculums in zwei offiziellen Landessprachen. Und das österreichische Modell stellt bilingualen Unterricht in Form von uns bekannten und vergleichbaren Europaschulen dar, was zwar die Vermittlung einer Statussprache bedeutet, jedoch auch das Engagement der ganzen Schule verlangt.

Alle vorgestellten Projekte wurden mit großem Interesse verfolgt und auch repräsentanten der Europaratsabteilung Graz besuchten die Vorträge. Gerade das sorbische Modell rief auch Beachtung hervor, da in relativ kurzer Zeit seines Bestehens bereits so viel erarbeitet wurde



Dr. Madlena Norberg präsentiert auf der Konferenz das WITAJ-Projekt.

und vorzuweisen war. In diesem Sinne ist das WITAJ-Projekt als Sprachprogramm ein gutes Beispiel für die praktische Umsetzung der Europäischen Richtlinien zur Erhaltung der Sprachenvielfalt durch schulische Vermittlungsformen. Es sollte deshalb weiterhin von bildungspolitischen Verantwortungsträgern mit allen Kräften unterstützt werden.

Ich hoffe, mit dieser Berichterstattung auch allen Zweifelnden ein Stück geholfen zu haben, ihre Unsicherheit zu überwinden und die Vermittlung des Sorbischen und insbesondere unserer sorbischen/wendischen Sprache in der Niederlausitz ohne „wenn“ und „aber“ fortzusetzen oder neu zu beginnen. Ich persönlich konnte durch meine Aufenthalte in Graz große Bestätigung darin gewinnen, dass nicht das Prestige einer Sprache das Entscheidende ist, sondern das Sprachenlernen an sich das Wichtigste ist.

M. Norberg

At-Valen